



Bürgerinitiative Mobilfunk in Coburg e.V., Am Wegfeld 19, 96450 Coburg

Oberbürgermeister der Stadt Coburg  
Norbert Kastner  
Markt 1  
96450 Coburg

Mobilfunkkritische Gesamtbürgerinitiative  
für Coburg Stadt und Land

- Gesundheitsvorsorge
- Information
- Dokumentation
- Meinungsbildung

Coburg, den 06.05.2007

Nachr.: Herr Bürgermeister Ulmann sowie Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktionen

Ablehnung des Antrags auf Erteilung einer Baugenehmigung für einen Funkmast in Coburg, Alte Poststraße, Fl.Nr. 3070/38

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Herr Heinel hat mir ein Schreiben der Regierung von Oberfranken zugestellt, aus welchem hervor geht, dass die Regierung von Oberfranken den ablehnenden Bescheid der Stadt Coburg bzgl. einer Baugenehmigung für den geplanten Funkmast mittels eines Widerspruchsbescheids vom 02.05.07 aufgehoben hat. Die Regierung hat die Stadt Coburg weiterhin verpflichtet, unter Beachtung der Rechtsauffassung der Regierung erneut über den Bauantrag für den Mobilfunkmast zu entscheiden.

In Anbetracht der Entscheidung des Coburger Stadtrats zum Thema Mobilfunk vom Februar 2007, in welcher eine Umsetzung der Forderungen des Bürgerbegehrens "Sendeanlagen" 1 : 1 in einen Stadtratsbeschluss übernommen wurde, ergibt sich nun die folgende Problematik:

- Der geplante Sendemast mit einer Gesamthöhe von 30m mitten in einem reinen/allgemeinen Wohngebiet kollidiert mit Sicherheit mit den Vorgaben des gefassten Stadtratsbeschlusses. Bei einem derartigen Standort ist zu erwarten, dass in dem Bereich, in welchem der Hauptstrahl den Boden erreicht, eine Leistungsflußdichte von  $100\mu\text{W}/\text{m}^2$  deutlich überschritten wird.
- Entsprechend dieses Stadtratsbeschlusses vom Feb. 07 wird die Stadtverwaltung verpflichtet, schnellstmöglich alle rechtlich überhaupt vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen, um Sendeanlagen im Gemeindegebiet zu unterbinden, welche am Boden im Freien eine Leistungsflußdichte von  $100\mu\text{W}/\text{m}^2$  überschreiten.
- Die Stadtverwaltung wird ferner dazu verpflichtet, das typische Orts- und Landschaftsbild zu bewahren. Ein 30m hoher Sendemast in einem Wohngebiet entspricht nun jedoch nicht dem typischen Orts- und Landschaftsbild eines Coburger Wohngebiets.

Für die Mitglieder der Bürgerinitiative Mobilfunk in Coburg e.V., welche als Initiatoren des erfolgreichen Bürgerbegehrens "Sendeanlagen" den Anstoß zu dem entsprechenden Stadtratsbeschluss gaben, stellt sich nun die Frage, auf welche Weise die Stadtverwaltung dieses Problem angehen wird. Die Erteilung einer Baugenehmigung würde ganz klar dem

Stadtratsbeschluss vom Februar 2007 widersprechen. Da für den Bereich der Kommune Coburg noch keine Regelungen getroffen wurden, um einem solchen Bauantrag nach Maßgaben des Baurechts Einhaltung zu gebieten, besteht für die Stadt Coburg und den Stadtrat akuter Handlungsbedarf (Stadtratsbeschluss/Bürgerbegehren: "... schnellstmöglich ...").

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens fordern daher, die in diesem Fall einzig erdenkliche, rechtlich mögliche und sofort wirksame Maßnahme zur Absicherung von Planungsmaßnahmen zu ergreifen, die das Baurecht einer Kommune gibt: eine befristete Veränderungssperre. Als Grundlage einer für diesen Fall ausgesprochenen Veränderungssperre müsste der Stadtrat den Beschluss fassen, sofort mit Planungen hinsichtlich einer Umsetzung dieses Stadtratsbeschlusses vom Februar zum Thema Mobilfunk/Sendeanlagen zu beginnen.

Ferner wäre für die Initiatoren des Bürgerbegehrens "Sendeanlagen" von Interesse, wie denn eigentlich die Rechtsauffassung der Regierung von Oberfranken in Bezug auf die geforderte Baugenehmigung ist. Aus dem Schreiben an Herrn Heinel geht dies nicht hervor.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative Mobilfunk in Coburg e.V. sind gerne bereit, in dieser Sache konstruktiv mit der Stadtverwaltung und dem Stadtrat zusammen zu arbeiten. Sollte die Baugenehmigung erteilt werden und der Sendemast im Wohngebiet aufgestellt werden, wäre die Empörung unter den Anwohnern sicherlich enorm. Es ist an der Zeit, umgehend eine bürgerfreundliche und nicht immer nur eine mobilfunkfreundliche Lösung dieses Problems zu finden.

Für eine baldige Beantwortung der Frage, wie denn die Stadtverwaltung nun mit dem anstehenden Problem umgehen will, wäre die Bürgerinitiative sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Bürgerinitiative Mobilfunk in Coburg e.V.

Dr. Gerd Kleilein  
1. Vorsitzender

Norbert Denninger-Liebkopf  
2. Vorsitzender

Klaus Büttner  
Schatzmeister